

Öffentlicher Dienst

Landesbeamte: Kaufkraftverlust bis zu 3.700 Euro

Das Arbeitsförderungsinstitut hat errechnet, dass Kaufkraft der Löhne der Landesbeamten in zehn Jahren um bis zu 3.700 Euro gesunken ist.



Je nachdem, nach welcher Lohnstufe ein Beamter entlohnt wird, fällt der Kaufkraftverlust größer oder kleiner aus. Wie das Arbeitsförderungsinstitut (AFI) errechnet hat, hat ein Akademiker im Landesdienst in den letzten zehn Jahren 3.700 Euro brutto an Kaufkraft eingebüßt. Bei einem Beamten mit Matura betrug der Kaufkraftverlust nach der AFI-Berechnung noch 2.700 Euro.

Die AFI-Berechnung

Der Bereichsübergreifende Kollektivvertrag (kurz: BÜKV) regelt das Arbeitsverhältnis von rund 40.600 Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Südtirol. Die derzeit gültigen Löhne gehen auf April 2010 zurück, sind also fast 10 Jahre alt. In der Zeit von April 2010 bis April 2019 ist die Teuerung um genau 16 Prozent gestiegen.

In diesen zehn Jahren wurden die Löhne der Landesbediensteten zwei Mal erhöht. Am 1. Juli 2016 erhielten alle eine Lohnerhöhung von 480 Euro brutto im Jahr, ein Jahr später noch einmal denselben Betrag. Dieser Pauschalbetrag machte anteilmäßig bei den niedrigen Gehaltsstufen mehr aus als bei den höheren. Das bedeutet für die erste und niedrigste Funktionsebene eine Lohnsteigerung von +5,6%, für die neunte und höchste eine Lohnsteigerung von +2,9%.

„Trotz dieser beiden Aufbesserungen bleiben die Bruttolöhne der öffentlich Bediensteten immer noch zwischen 10 und 13% hinter den Lebenshaltungskosten zurück“, erklärt AFI-Vizedirektorin Silvia Vogliotti.

Ausgleich des Kaufkraftverlusts

In Zahlen ausgedrückt: Soll die Kaufkraft der im April 2010 verhandelten Löhne erhalten werden, dann müsste die Jahres-Bruttoentlohnung in der sechsten Funktionsebene von 24.052,72 € auf 26.787,56 € (+ 2.734,84 €) und jener in der achten von 30.008,42 € auf 33.696,17 € (+3.687,75 €) steigen.

Zwischen Land und Gewerkschaften haben Verhandlungen zur Erneuerung des Kollektivvertrags begonnen. Diese Verhandlungen sind aber derzeit unterbrochen. Die Gewerkschaften stufen das Angebot einer Lohnerhöhung von gut vier Prozent als zu niedrig ein. Sie fordern zehn Prozent.

Mittwoch treffen sich die Verhandlungsdelegationen sowie die Gewerkschaftsspitzen und der Landeshauptmann zu einem erneuten Gespräch. Bei dem Treffen sollen Unklarheiten besprochen werden, um den Weg für Verhandlungen frei zu machen.